

Worum geht es?

**Equal Pay durchsetzen statt
Lohndumping tarifieren -
Nein zum DGB Tarifvertrag
in der Zeitarbeit!**

Es geht um folgende Forderungen:

- **Die *ersatzlose* Kündigung des DGB Tarifvertrags mit den Leiharbeitsverbänden**
- **Eine innergewerkschaftliche Information und Diskussion zu diesem Thema**
- **Eine gemeinsame Gewerkschaftsoffensive (im Wahljahr!) für eine flächendeckende, gesetzlich geregelte Gleichbezahlung und -behandlung von Leiharbeitnehmer/innen**
- **Eine gewerkschaftliche Debatte über die nächsten Schritte zur Zurückdrängung und Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie der Leiharbeit**

Diese Forderungen werden inzwischen von über 400 Kolleginnen und Kollegen unterstützt.

Darunter viele ver.di-KollegInnen, aber auch KollegInnen der IG Metall, IG Bau, GEW

Immer mehr Gremien tragen diese Forderungen mit.

Es gibt erste Ankündigungen, dieses Thema in den kommenden Versammlungen im Rahmen der Orgawahlen aufgreifen zu wollen.

Hintergrund und Ausgangslage

Das AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) sagt eindeutig:

Nur mit Tarifvertrag lässt sich Equal Pay für LeiharbeiterInnen verhindern!

D. h. für GewerkschafterInnen kann die Forderung nur heißen:

Keine neuen Tarifverträge abschließen, damit die Ungleichbehandlung für KollegInnen, die gezwungen sind, in Leiharbeit zu arbeiten, beendet werden kann.

IV. Fazit

Der bundesdeutsche Gesetzgeber hat die Vorgaben der Richtlinie 2008/104/EG auch bei der Neufassung des AÜG nicht ausreichend beachtet. Die Leiharbeitsrichtlinie ermöglicht ein Abweichen vom Gleichbehandlungsgrundsatz durch Tarifverträge nur unter Achtung des Gesamtschutzes der Leiharbeitnehmer. Zudem sind tarifvertragliche Regelungen über Entgelt, die vom „equal pay“ abweichen, nach Vorgabe der Richtlinie nur bei unbefristeten Verträgen (unter Entlohnung in verleihfreien Zeiten) zulässig. §§ 3 I Nr. 3 S. 2, § 9 Nr. 2 Halbs. 3, 4 AÜG unterscheidet jedoch nicht zwischen befristeten und unbefristeten Verträgen. Darüber hinaus ist ein Abweichen vom Gleichbehandlungsgrundsatz durch Bezugnahme der Arbeitsvertragsparteien auf Tarifverträge nach der Leiharbeitsrichtlinie nicht zulässig. Das AÜG in seiner aktuellen Fassung ist daher in weiten Teilen europarechtswidrig.

Professorin Dr. Reingard Zimmer*

Der Grundsatz der Gleichbehandlung in der Leiharbeitsrichtlinie 2008/104/EG und seine Umsetzung ins deutsche Recht

Aber selbst der DGB (Informationen zum Thema Leiharbeit, DGB BV, Januar 2011) sagt auf die Frage:



Ist eine ersatzlose Streichung der Tariföffnung für verschlechternde Tarifverträge sinnvoll?

Antwort:

Ja. Nur Einzelmeinungen behaupten diese ersatzlose Streichung der Tarifaufnahme sei ein Eingriff in die Tarifautonomie, der nicht gerechtfertigt werden könne. Dies betreffe auch die sog. Schleckerklausel, die der Gesetzentwurf der Bundesregierung vorsieht (equal pay, wenn eine Wiedereinsetzung als Leiharbeiter im selben Betrieb oder Konzern erfolgt).

Mit der Öffnungsklausel für verschlechternde Tarifverträge hat der Gesetzgeber bereits selbst deutlich gemacht, welches Niveau er eigentlich für angemessen hält und dass er nur unter bestimmten Voraussetzungen, nämlich für tarifvertragliche Bestimmungen, verschlechternde Regelungen zulässt. Damit war für die Tarifvertragsparteien bereits sichtbar, dass der Gesetzgeber andere Wertungen vornimmt. Streicht der Gesetzgeber diese Regelungen wieder, hat dies für die Tarifvertragsparteien keinen Überraschungseffekt. Darüber hinaus werden zumutbare Arbeitsbedingungen für Leiharbeitnehmer geschaffen, die den behaupteten Eingriff in die Tarifautonomie in jedem Fall rechtfertigen könnten. Denn der Leiharbeitnehmer ist auf zumutbare Arbeitsbedingungen angewiesen und der Gesetzgeber hat diese unter Beachtung von Artikel 12 Grundgesetz auch herzustellen. Dabei hat er einen weiten Gestaltungsspielraum.

...und was sagt ver.di?

3.2.26 Gleichstellungsgrundsatz

Der Gleichbehandlungsgrundsatz ist der Anspruch auf gleichen Lohn (einschließlich Sozialleistungen) für die gleiche Arbeit (*Equal Pay/Equal Treatment*). Das heißt, der Leiharbeitnehmer ist so zu bezahlen wie ein vergleichbarer Arbeitnehmer im Entleihbetrieb.

Der Gleichstellungsgrundsatz ist seit dem Jahr 2004 gesetzlich festgeschrieben. Von ihm wird aber durch die Tarifverträge abgewichen. Die Gewerkschaften sind aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zum Abschluss der Tarifverträge gezwungen, setzen sich aber bestmöglich für die Gleichstellung der Leiharbeitnehmer ein.

**UNGLEICH
KORRIGIEREN!**

KOMMENTIERUNG
Tarifverträge Zeitarbeit

...„aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gezwungen“ ...
????????????????

Beschlüsse ver.di – Bundeskongress 2011



Bundeskongress 2011

verdi.de :: Bundeskongress 2011 / Anträge

Anträge 2011

B. Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik

Antrags-Nr.	Thema	Antragsteller
B 064	Kündigung der DGB-Tarifverträge mit dem Bundesverband Zeitarbeit	Bundesjugendkonferenz
	Der Bundeskongress beschließt ver.di fordert den DGB dazu auf seine Tarifverträge mit dem BZA (Bundesverband Zeitarbeit) zu kündigen.	

Angenommen als Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand.
Dadurch erledigt Anträge B 065, B 066, B 067

B 066 Kampagne zum Verbot der Leiharbeit und Abschaffung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

Landesbezirkskonferenz

Der Bundeskongress beschließt

ver.di führt in allen Zuständigkeitsbereichen eine langfristig ausgerichtete Kampagne mit dem Ziel durch, das Verbot der Leiharbeit und die Abschaffung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu erreichen.

ver.di

schließt keine Tarifverträge mehr ab, die dem Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche (gleichwertige) Arbeit" entgegenstehen.

ver.di tritt aus der Tarifgemeinschaft des DGB für die Tarifverträge zur Zeitarbeit aus und schließt nur noch Tarifverträge mit dem Ergebnis "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ab.

Tarifvertrag Leiharbeit -

Ein Weg zu Equal-Pay oder in die Sackgasse?

Leiharbeit verstößt eklatant gegen den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Mehr als 800 000 Leiharbeiter/innen werden gezwungen für 30-40 Prozent weniger Lohn zu arbeiten als ihre Kolleg/innen der Stammebelegschaft. Leiharbeit verdrängt reguläre Beschäftigung, drückt die Löhne und schwächt die Gewerkschaften.

Gegen die ausufernde Leiharbeit vorzugehen, scheint Konsens zu sein – die Vorstellungen über den Weg sind kontrovers. Wir wollen darüber diskutieren.

Die IG Metall hat in diesem Jahr einen Tarifvertrag zur stufenweisen Angleichung der Bezahlung von Leiharbeit abgeschlossen. Ist das ein Schritt zur Gleichstellung von Leiharbeiter/innen? Führen Tarifverträge zu Equal-Pay oder verhindern sie die Gleichstellung? Welche Auswirkungen hat dieser Abschluss auf die Leiharbeit in anderen Branchen? Ist eine gesetzliche Equal-Pay-Regelung damit vom Tisch? Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es für uns?

Wir diskutieren mit:



Helga Schwitzer

Mitglied des geschäftsführenden
Vorstands der IG Metall

Mittwoch, 14. November 2012
Um 17.30 Uhr in der
IGM-Verwaltungsstelle
Postkamp 12, 30159 Hannover

Wir fanden unsere Position (Keine neuen Tarifabschlüsse) auch noch bestätigt, als die IG Metall den Weg mit ihren Branchenzuschlagsregelungen für LeiharbeiterInnen verlassen hat.

»» [Ver.di lehnt Branchenzuschläge ab und fordert Equal-Pay ab dem 1. Tag *](#) »»»»

27.05.2012 – Ver.di erklärt in Bezug auf den Piltoabschluss über Branchenzuschläge in der Tarifrunde der Zeitarbeit zwischen BZA sowie iGZ und IG Metall für den Bereich der Elektro- und Metallindustrie klar ihre Ablehnung, da “kein Vorbild für die Dienstleistungsbereiche” sei! Die Forderung der DGB-Dienstleistungsgewerkschaft lautet weiter “Equal-Pay durch den Gesetzgeber ab dem ersten Tag”. ...

* *Der-Personaldienstleister.de / Ver.di – (27.05.2012)*

Dann gab es erste Hinweise auf ein Umschwenken von ver.di, ohne dass wir, die ErstunterzeichnerInnen, eine wirkliche Diskussion wahrgenommen haben.

»» Durchbruch Equal-Pay-Tariflösung? – Auch Ver.di will Tarifgespräche führen! * »»»»

07.07.2012 – Kaum nachvollziehbar scheint bei Ver.di eine Umorientierung statt gefunden zu haben. Nach ursprünglich klarer Absage an eine tarifliche Branchenzuschlagslösung erklärte die stellvertretende Bundesvorsitzende von Ver.di nun die Bereitschaft ab 20.08.2012 mit BAP und iGZ erste Sonderierungsgespräche über zunächst drei von über zwei Dutzend Branchen, für die Ver.di zuständig ist, zu führen. Der Ankündigung muss entnommen werden, dass eine erst nach sechs Wochen mit der Gewährung von Zuschlägen beginnende Equal-Pay-Annäherung wohl nicht akzeptiert wird. ...

* *Der-Personaldienstleister.de / Ver.di – (07.07.2012)*

Politische Lage

Noch nie so gut wie zur Zeit

- Stimmung in der Bevölkerung –

- eindeutig für Gleichbehandlung

- Berichterstattung – der Skandal der Ausbeutung von LeiharbeiterInnen wird dokumentiert

➤ Amazon

➤ Daimler – Benz



Handelsblatt | Finanzen | Unternehmen | Politik | Technologie | Auto | Meinung | Sport | Panorama

Industrie | Banken | Versicherungen | Handel + Dienstleister | IT + Medien | Mittelstand | Management | Beruf + Büro

ARTIKEL | KOMMENTARE (7) | DOSSIERS

MILLIONEN-DEAL MIT STAATSANWALTSCHAFT

Kaufland zahlt wegen umstrittener Werkverträge

EXKLUSIV Zollbeamte durchsuchten Anfang 2011 Logistikzentren von Kaufland. Der SB-Warenhauskette wurden aus Sicht der Ermittler Scheinwerkverträge nachgewiesen. Jetzt hat sich Kaufland mit der Staatsanwaltschaft geeinigt.

15.05.2013, 16:52 Uhr



Echo | online

Start | Nachrichten | Region | Sport | Freizeit | Ratgeber | Anzeigen

Darmstadt | Darmstadt-Dieburg | Bergstraße | Kreis Groß-Gerau | Rüsselsheim

Startseite > Region > Kreis Groß-Gerau > Groß-Gerau

GROSS-GERAU | 10. Mai 2013 | sab

Kreis Groß-Gerau: Laut Verdi Leiharbeiter bei Streik eingesetzt

Arbeitskampf – Gewerkschaft erhebt beim Warnstreik scharfe Vorwürfe gegen Real-Marktleiter im Kreis Groß-Gerau



ZDF WISO | Start | Archiv | Mitreden | Rubrik

WISO | 27.05.2013

Lohndumping bei REWE und real Wenn die Arbeit sich kaum lohnt

Fast jeder Kunde hat sie schon einmal gesehen: die Regaleinräumer in den Supermärkten. Sie schuften im Akkord. Diese Werkvertragsarbeiter bekommen Niedrigstlöhne für ihre Arbeit und das trotz bestehender Tarifverträge.

Die Parteien müssen handeln!

»» Arbeitsministerin: Gesetzlicher Equal-Pay-Eingriff vorerst vom Tisch ... * »»»»

18.07.2012 – Zu dem Ergebnis des Spitzengesprächs im Bundesarbeitsministerium mit DGB-Chef Sommer und Arbeitgeberpräsident Hund äußert sich Bundesarbeitsministerin von der Leyen in einem Interview zur Entwicklung der Zeitarbeit in die Zukunft. – Sie zolle den Tarifparteien für die bisherigen Tarifeinigungen großen Respekt. Eine gesetzliche Regelung zur Equal-Pay-Einführung sei – so die Ministerin – zunächst vom Tisch. Im November 2012 wolle sie in einem zweiten Monitoring prüfen, „ob die Entwicklung weiter in die richtige Richtung läuft“. Entscheidend sei letztlich, ob „auch die nicht tarifgebundenen Arbeitgeber in ausreichendem Maße mitziehen, damit die Dinge in Ordnung kommen“.

* *Der-Personaldienstleister.de* – (18.07.2012)

Beschluss

des Bundesrates

3. Mai 2013

EntschlieÙung des Bundesrates "Gute Arbeit - Zukunftsfähige und faire Arbeitspolitik gestalten"

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, umfassende gesetzliche Veränderungen mit den folgenden Elementen zu initiieren und umzusetzen:

2. Sicherstellung des equal-pay-Grundsatzes in der Leiharbeit ("Gleiche Arbeit - Gleiches Geld") spätestens nach einer kurzen Einarbeitungszeit sowie Rückführung der Leiharbeit auf ihre eigentliche Kernfunktion der Abdeckung von Auftragsspitzen und Vertretungsfällen;

Auf diesen Beschluss gab es heftige Reaktionen der Arbeitgeberseite



Veröffentlicht auf Zeitarbeit in Deutschland | Unternehm

Presse-Information Nr. 026/2013

Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt: Bundesratsanträge gefährden Erfolge am Arbeitsmarkt

Berlin, 3. Mai 2013. Zu den im Bundesrat beratenen Anträgen „Faire Arbeitspolitik“ sowie „Arbeitsschutz“ erklärt Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt:

„Der Tarifautonomie klare Absage erteilt“

03.05.2013

iGZ-Hauptgeschäftsführer Werner Stolz reagiert auf Bundesratsbeschluss

„Mit dem Beschluss im Bundesrat, den Equal Pay-Grundsatz in der Zeitarbeit sicher zu stellen, erteilen die von SPD und Grünen regierten Bundesländer der Tarifautonomie eine klare Absage“, reagierte iGZ-Hauptgeschäftsführer Werner Stolz auf die Verabschiedung des Beschlusses der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-

GESAMTMETALL
Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie

Gesamtmittel-Informationen für die Presse 17/2013

Gesamtmittel: Bundesratsantrag von SPD und Grünen zur Zeitarbeit ist direkter Angriff auf Tarifautonomie

Wahlkampf auf dem Rücken der Tarifautonomie

Berlin. Gesamtmittel lehnt den heute im Bundesrat beratenen Antrag der von SPD und Grünen regierten Bundesländer auf weitreichende Regulierungen des deutschen Arbeitsmarktes ab. „Was SPD und Grüne hier vorschlagen, hebt die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie aus“, erklärte Gesamtmittel-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander in Berlin.

Andererseits....

Bundesarbeitgeberverband
der Personaldienstleister



Die jetzt angekündigte Beendigung des CGB-Tarifvertragswerkes zum 31. März 2013 bedeutet, dass nach diesem Datum die Tarifverträge der Christlichen Gewerkschaften für die Zeitarbeit nicht mehr wirksam in Bezug genommen werden können. Damit würde der gesetzliche „Equal-Treatment“-Grundsatz gelten, wenn nicht mit Zeitarbeitnehmern die Anwendung eines anderen Tarifvertrages, also des BAP-DGB-Tarifwerkes, vereinbart werden würde.

Badische  Zeitung

28. Mai 2013

Höhere Löhne belasten Leiharbeit nicht

Firmen wollen Flexibilität erhalten / Zeitarbeitsbranche fürchtet sich vor Regierungswechsel.

Wir erwarten von ver.di, dass die Bundestagswahl genutzt wird, um Druck zu machen.

**Dieser Druck kann aber nur aufgebaut werden, wenn eindeutig klar ist:
Es gibt keinen neuen Tarifabschluss!**

Warum nutzt ver.di diese Chance nicht?

Darauf gibt es bis heute keine nachvollziehbare Antwort.

Christoph Butterwegge hält vieles für vorgeschoben

oder dramatisiert: „Man muss mutiger sein, konfliktfähiger!“ Denn die Leiharbeiter seien das schwächste Glied in der Kette, genau auf sie gelte es zu achten.

Was ist unsere Erwartung?

Ich würde es sehr begrüßen, wenn ihr als Landesbezirksvorstand den Bundesvorstand auffordern würdet, aus den Tarifverhandlungen im DGB – Verbund auszusteigen.

Ich glaube, es wäre gut, wenn die Gewerkschaftsratsmitglieder eine ähnliche Beschlussfassung im Gewerkschaftsrat vorschlagen würden.

Wir sollten alle für den Bundestag kandidierenden Parteien an der Frage „Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für LeiharbeiterInnen“ messen und daran u. a. unsere Wahlempfehlungen festmachen.

Noch nie war die öffentliche Stimmung oder der „Zeitgeist“ so auf unserer Seite, dies sollten wir nutzen.

Vielen Dank für
eure
Aufmerksamkeit!